

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift:  
Tageblatt Riesfaer  
Fernruf Nr. 20.  
Postfach Nr. 32.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptzollamts Weissenhöflichkeit bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Dresden 1580.  
Girokonto:  
Riesfaer Nr. 32.

Nr. 86.

Dienstag, 11. April 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Werbschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Werbschriftzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfaer. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Vertriebsunternehmungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Gaehtstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfaer; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesfaer.

## Deutschfeindliche Ausschreitungen.

Heute bevorstehende Ernennung des Reichsministers Göring zum preussischen Ministerpräsidenten.

### Folgen der polnischen Hebe gegen Deutschland.

Warschau. Die beabsichtigten Folgen der seit mehreren Tagen besonders von der Regierungspresse und vom Westmarkenverein betriebenen Hebe waren deutschfeindliche Kundgebungen, die am Sonntag unter anderem auch in Lodz stattfanden und große Ausmaße annahmen. Da nur Meldungen der polnischen Presse vorliegen, sind die Vorgänge im einzelnen nicht bekannt. Zunächst zogen die Demonstranten, wie wir bereits gestern meldeten, vor das deutsche Konsulat und beschädigten mit Steinwürfen das deutsche Hoheitszeichen. Im Zusammenhang damit hat der Lodzer Komitee dem deutschen Konsul bekanntlich sein Bedauern zum Ausdruck gebracht. Ferner überfielen die Demonstranten die Redaktionen der „Deutschen Freien Presse“ und des „Lodzer Volkstages“ sowie das deutsche Gymnasium. Da die Polizei gar nicht oder nur in ungenügender Zahl vorhanden war, wurden die Einrichtungen in den Redaktionen und im Gymnasium vollständig zerstört, sowie sämtliche Fenstererkerben zerstört. Die deutschen Schriften und Bücher wurden auf einen Haufen geworfen und angezündet. Aus allen Zeitungshänden wurden gewaltsam sämtliche deutschen Zeitungen und Schriften entfernt und öffentlich vernichtet. Sogar einzelnen Personen wurden in Cafés und Restaurants die deutschen Blätter aus den Händen gerissen und vernichtet. Unter anderem wurden auch die beiden deutschen Buchhandlungen in Lodz, Ruppert und Erdmann, gekürrt und völlig zerstört. Einen ähnlichen Vorkauftrauf wie in Lodz haben in Warschau die der Regierung nachstehenden Studentenvereinigungen herangezogen.

Wie aus Lpein gemeldet wird, hat der Verband der Polen in Deutsch-Obererschlesien an den Generalsekretär des Völkerverbundes ein Telegramm gerichtet, in dem in Anbetracht der „Polenverfolgungen“ im Reich unverzüglich um die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerverbundes gebeten wird. Es hat allen Anschein, daß die polnische Regierung die Vorkauftrauf gegen Deutschland nunmehr in die eigene Hand genommen hat. Dies beweisen die immer deutlicher werdenden und höherfüllten Vorkauftrauf der Regierungspresse, des Westmarkenvereins und anderer Organisationen, die sämtlich unter dem Einfluß und der Führung der Regierungspresse stehen. Vom Westmarkenverein wurde für den Sonntag eine Versammlung in Lodz einberufen, in der „weitgehende Beschlüsse über den Vorkauftrauf deutscher Waren gefaßt werden sollen, was eine Erwidderung auf den in Deutschland wütenden Terror und die Verfolgung der polnischen Widerheften sein soll“. Tags vorher ist ein entsprechender Aufruf erlassen worden, der vom Westmarkenverein und von 14 Verbänden ehemaliger Kriegsteilnehmer unterzeichnet wurde. Dieser Aufruf ist ein Dokument eines bis zur Bluthige angepörrichten Massen

wahns. Danach seien in Deutschland die ganze polnische Presse vernichtet, die polnischen Schulen geschlossen und die polnischen Arbeiter auf die Straße geworfen. Polnische Staatsbürger würden gemordet und in die Gefängnisse gesperrt. Alsdann wird die gesamte Völkervereinigung „zum Vorkauftrauf des Feindes“ aufgefördert.

### Antideutsche Kundgebungen in Posen.

Posen. Eine große Schar von Studenten und Jugendlichen zog gestern in den späten Abendstunden durch die Straßen der Stadt und holten aus den Zeitungskiosken die deutschen Zeitungsblätter, Zeitungen und Magazine heraus. Die Schriften wurden auf dem ehemaligen Wilhelmplatz zu einem Scheiterhaufen aufgeschichtet und in Brand gesteckt. Während dieses Vorganges riefen Sprechchöre: Fort mit den Deutschen! Ferner wurde die verammelte Menge zum Vorkauftrauf deutscher Waren aufgefordert. Technische Kundgebungen wie die in der Stadt Posen werden aus der überwiegenden Zahl der Städte und Dörfer der gesamten Provinz Posen gemeldet. Zu ernstesten Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

### Deutschfeindliche Demonstration in Warschau verboten.

Warschau. (Kurspruch.) Die hier für gestern angeplante deutschfeindliche Demonstration, die von der Studenten-Organisation „Legion der Jungen“ geplant waren, sind von der Regierung verboten worden.

### Deutschfeindliche Ausschreitungen in Graudenz.

Graudenz. (Kurspruch.) In fast allen deutschen Geschäften, sowie bei den Straßenhändlern erschienen gestern nachmittags Demonstrationstruppen, die sich die deutschen Zeitungen aneigneten, um sie zu verbrennen. In einigen Fällen wurden auch andere Waren aus den Geschäften gestohlen. Außerdem wurden bei einigen deutschen Geschäften die Firmenbücher zerstört. Die Ausschreitungen zogen sich bis zum Abend hin. Erst gegen 7 Uhr nach Schluß der Ausschreitungen erschienen Polizeistreifen. Der deutschen Bevölkerung hat sich starke Erregung bemächtigt.

Auch in Dirschau wurden die deutschen Zeitungen aus den Kiosken gewaltsam entfernt. Die Täter, gegen die die Polizei nicht einschritt, waren nur Angehörige des Schützenverbandes.

### Die Vereinigung des Verbandsumwelts.

Auch eine positive Folge der Gleichschaltungen.

In der Folge tausend verkündeter Gleichschaltungen innerhalb der deutschen Wirtschaft regelt nun ein eben erstelltes Gesetz auch die Gleichschaltung in zwei reichsgesellschaftlich verantwortlichen Verbänden, nämlich dem Reichskohlenrat und dem Reichsfallrat. Der Reichswirtschaftsminister wird alle Maßnahmen treffen, bis beide Räte ihre endgültige Besetzung gefunden haben. Schon jetzt steht fest, daß die Anzahl der Mitglieder des Reichskohlenrates von 60 auf 32 herabgesetzt wird, während der Reichsfallrat den Umfang von 30 Mitgliedern behält.

Die ersten Eingriffe persönlicher Art in die Wirtschaft kamen unmittelbar nach dem verhängnisvollen 13. Juli 1931, als sich eine Reform der Aktienrechtsgesetzgebung als unvermeidlich erwies und die Regierung Brünning ihrerseits zu einer Bearengung der Aufsichtsräte und der Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder in der Hand einer Perion schritt. Diese Notverordnung war nicht zuletzt die Ursache einer erheblichen Verfestigung des damaligen Reichskanzlers mit maßgeblichen Kreisen der Hochfinanz und der Schwerindustrie.

Die heutige Regierung braucht sich um derartige Feindschaften nicht mehr zu kümmern. Sie vermag wirtschaftlich und personell auch den härtesten Wirtschaftsführer, der vielleicht noch bis dahin auf seine Unabhängigkeit prahlte, so unter Druck zu setzen, daß eine Kapitulation fast auf der Stelle erfolgen müßte. Mit einer bemerkenswerten Konsequenz werden Positionen und Funktionen im wirtschaftlichen Leben kampflös geräumt und erobert, die bis dahin als unantastbar galten. Die Hauptwiderstände, mit denen ältere Regierungen bei wirtschaftlichen Reformen und durchgreifenden Maßnahmen zu rechnen hatten, war noch stets jene Hydra von Interessentenverbänden, anonym und nie greifbar, immer auf ihre Unparteilichkeit verweisend und doch durch und durch politisiert, der gegenüber niemand die Machtmittel des Staates richtig anwandte. Man torpedierte mit Dankschreiben, mit Geldmitteln, mit persönlichen Anträgen aus dem sicheren Versteckbereich einer sogenannten Verbandsyndikats- oder Vorstandsstelle heraus im Namen eines bestimmten Wirtschaftszweiges politische Maßnahmen, die einem nicht pakteten.

Welche Ueberlagerung, in welches Chaos in den letzten 10 Jahren in Deutschland im wirtschaftlichen Verbandswesen eingegriffen war, vermag ein Ankenstehender kaum zu übersehen. Manchmal machten sich unabhängige Organe einen Spott und veröffentlichten eine Liste all der Preisfeste, Vereine und Verbände, denen eine Großhandelsfirma oder eine Fabrik heute angehören muß, wenn sie nicht auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen will. Es kamen horrende hohe Zahlen dabei heraus, die vor allen Dingen in der gesamten Textilwirtschaft besondere Blüten zeigten. Was allein die Metallindustrie in über 20 verschiedenen Vereinen und Verbänden für einen Beitragssatz erforderte, außer der persönlichen Mitgliedschaft der Firmeninhaber in den entsprechenden örtlichen wirtschaftlichen Vereinen, Komitees und Ausschüssen, war zu übersehen.

Nun erfolgt Tag um Tag eine Gleichschaltung nach der anderen. Hunderte von Drachtzählern hinter den Kulissen müssen ausgezeichnet bezahlte und höchst einflußreiche Positionen räumen. Diese Umwälzung ist vielleicht noch viel wirkungsvoller für die Zukunft, als es die äußerlich so sichtbare Umbesetzung einer hohen Verwaltungsstelle sein mag. Nicht ohne Erbarmen hat die Öffentlichkeit vielfach festgestellt, daß die Gleichschaltung auch nicht halt machte vor Wirtschaftspersonlichkeiten, die bisher allgemein im Ruf starrer Rechtsgehungung standen. Offenbar hat die nationalsozialistische Partei hier neues Ziellicht beileiten wollen und auf einer eindeutigen Beziehung oder Verneinung bestanden. Sie hatte aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt.

Wenn die Gleichschaltung in den Ländern von der gesamten deutschen Völkervereinigung als segensreich und als ein sichtbarer Fortschritt in der Ausgestaltung unserer Verwaltungsgeschichte empfunden wird, so sollte man im Verlauf der wirtschaftlichen Gleichschaltung die hier noch viel höhere Hierarchie der Interessen, Kartelle, Interessentenverbänden etc. auf das Mindestmaß zurückführen, mit dem die deutsche Wirtschaft unbedingt auskommen kann. Jede Vereinfachung der innerhalb der Wirtschaft von ihr selbst aufgerichteten unnötigen Vereinigungen wird ein noch viel größerer Segen für die Wirtschaft selbst sein. Sie steht heute unter einem noch von Zwischenschaltungen, von Beitragszahlungen, Preisbindungen und Hemmnissen, daß sie sich selbst auferlegt hat. Die freie Unternehmerinitiative wurde nicht zuletzt durch die Initiative der Syndikate gehandicapt. Hier freie Luft zu schaffen, bedeutet ein Verdienst und eine große Hoffnung. Darum soll nicht nur in den bereits vorhandenen Verbänden gleichgeschaltet werden, sondern zunächst alles wirtschaftliche Verbandswesen auf das unbedingt Notwendige vermindert werden.

## Hugenberg vor der Deutschnationalen Reichstagsfraktion

Berlin. (Kurspruch.) In der Fraktionsführung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion führte der deutsche nationale Parteiführer Reichsminister Dr. Hugenberg etwa folgendes aus:

Trotz der Arbeitslast, die jetzt auf mir ruht, habe ich den Vorzug der DNP nicht niedergelegt. Denn einerseits bedarf ich der DNP als organisierter Träger der Auslösung, die ich im Rahmen und als Glied der nationalen Regierung vertritt. Andererseits bin und bleibe ich dafür verantwortlich, daß die DNP ein lokales und lebendiges Glied der nationalen und sozialen Gemeinschaft bleibt, die wir am 30. 1. begründet haben. Seit ich die DNP führe, ist ihr Ziel und ihre Arbeit gradlinig auf die Errichtung einer solchen Gemeinschaft und auf die Wahrung der roten und schwarzen Gegner gewesen. Ich habe seit langem den Gesichtspunkt betont, daß wir unsere Kräfte weit ansetzen müssen, um den rechts gerichteten Geistern entgegenzutreten. Ich wiederhole das heute. Aber ich muß heute hinzufügen: Konjunkturpolitiker sollen keinen Einfluß auf die Richtung unserer Politik erlangen — wir lassen uns nicht überfordern. Am 4. Januar 1932 habe ich in Detmold, der Hauptstadt meines kleinen aber schönen Heimatlandes Lippe, gesagt: „Wenn in den nächsten Jahrhunderten ein Volk als Volk am Leben bleiben will, muß es Mod sein, nicht Breit!“

Wir sind jetzt mitten in der Verwirklichung dieses Gedankens. Wir wandeln klar auf den Bahnen des Bundes

vom 10. Januar d. J. und haben keinerlei Hintergedanken gegenüber unseren Bundesgenossen, deren Verdienst um das aufzurichtende neue Deutschland wir nichtlos anerkennen. Dabei nehmen wir aber selbstverständlich für uns in Anspruch, vollwertige und selbstbewusste Mitbesitzer zu sein. Niemand, der mit uns als Deutschnationaler gekämpft hat, darf angetastet werden. Wir gehören nicht zu der kläglichen Sorte von Bürgertum, das in ersten und bewegten Zeiten seine den ihm anvertrauten Flaggen räumt. Wir fühlen uns anherdem durch das Bewußtsein gehoben, daß wir ein notwendiges Glied der Phalanx der Zukunft sind.

Alle Revolutionen tragen die Gefahr in sich, daß sie sich überziehen, daß sie im Radikalismus, Gleichgültigkeit und damit in geistiger und materieller Zerstörung enden. Wir gehören zu den Mächtigsten, die dafür bürgen, daß das, was man Revolution von 1933 nennt, und was in deutscher Ordnung und Geschlossenheit unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, eingeleitet worden ist, wirklich eine deutsche Auferstehung ist. Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Aber jeder Mitwirkende, jeder Führer und zwar um so mehr, je höher er steht und je rückhaltloser er als Führer anerkannt wird, ist vor der Geschichte dafür verantwortlich, daß Ziel und Ergebnis nicht ein Trümmerhaufen, sondern ein neuer Frühling des Volkes ist.